



**Es gilt das gesprochene
Wort**

Rede von

Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes 2003

durch den Erlanger Stadtrat

am 05. Dezember 2002

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die Lage ist katastrophal und sie hat sich in den vergangenen Monaten sogar noch zugespitzt. Für die Städte und Gemeinden in Deutschland bedeutet ihre Finanzkrise ganz klar: Kommunales Handeln ist am Ende seiner Möglichkeiten, es gibt keine Spielräume mehr.“ Der dies formulierte ist kein geringerer als der Vizepräsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Herbert Schmalstieg in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 3.12.02.

Auch wir haben, nach meiner Auffassung, keine Spielräume mehr. Wir mussten erstmals in meiner Amtszeit einen unausgeglichene Haushalt vorlegen und es ist uns auch in den Beratungen, trotz erheblicher Kürzungen und Streichungen nicht gelungen, das Haushaltsloch zu verkleinern.

Rd. 13 Mio EUR fehlen im Verwaltungshaushalt ohne Berücksichtigung der Mindestzuführung von 6,5 Mio EUR. Uns fehlen also nahezu 20 Mio EUR bei den Einnahmen. Sie sind auch mit größten Anstrengungen auf der Ausgabenseite nicht einzusparen, wenn die Stadt, wenn Erlangen nicht dauerhaft Schaden leiden soll.

Der Gewerbesteuerrückgang von 48,5 Mio EUR auf erwartete 28 Mio EUR im nächsten Jahr und das Stagnieren der Einnahmen aus der Einkommensteuer, als die beiden wichtigsten Einnahmequellen, erklären die dramatische Situation.

Die gesamten Haushaltsberatungen waren überschattet von dramatischen Gewerbesteuerleinbrüchen sowohl für die Stadt Erlangen als auch für nahezu alle anderen Städte der Bundesrepublik Deutschland. Mit verantwortlich für diesen Einbruch – ich muß heute nochmals darauf hinweisen - waren zum einen unternehmensspezifische Entwicklungen, vor allem aber die Tatsache, dass die rot-grüne Bundesregierung mit Ihrer Erhöhung der Gewerbesteuerumlage im Zuge der Steuerreform die Kommunen weit über Gebühr belastet hat. Noch in der Gesetzesbegründung hatte es geheißen, ohne Anpassung der Gewerbesteuerumlage hätten die Gemeinden Mehreinnahmen in Milliardenhöhe zu verzeichnen. Tatsache ist aber heute, dass durch die Steuerreform die Kommunen an den Rand des Ruins gebracht wurden. Dabei sind es vor allem die Großunternehmen die von den neuen Regelungen des Abgabenrechts profitieren. Sie korrigieren, als Ergebnis der Wirtschaftskrise und des Börsencrashes ihre Gewinnprognosen stark nach unten. Weiterhin lösten viele Unternehmen ihre alten, meist hoch versteuerten Rücklagen auf und können sich so die zu viel gezahlten Körperschaftssteuern zurückholen. Die Körperschaftsteuer erlebt dadurch einen massiven Einbruch. Auch bei der Gewerbesteuer sind die dramatischen Rückgänge auf die geschickte Nutzung der neu geschaffenen Möglichkeiten durch die Großunternehmen zurückzuführen. Das Modell der steuerlichen Organschaft, also der Verrechnung von Verlusten und Gewinn mit Tochterfirmen auch im Ausland nutzen viele, um ein „Null auf null“ – Ergebnis zu erzielen und damit die Steuer zu sparen.

Intensiv nutzen auch die großen Aktiengesellschaften das umstrittene Privileg, ihre Firmenbeteiligungen steuerfrei zu veräußern. Dies alles sind nicht nur Schlupflöcher sondern wahre Scheunentore für Großunternehmen, die diese natürlich intensiv nutzen und damit die Steueraufkommen völlig aufzehren.

Dabei ist den Unternehmen gar kein Vorwurf zu machen, da sie wie jeder Privatmann auch versuchen ihre Zahllast zu minimieren. Die Verantwortung für diese Misere liegt ausschließlich beim Steuergesetzgeber in Berlin.

Zusammen mit den Rückforderungen für bereits gezahlte Gewerbesteuern bricht das den kommunalen Finanzen vielerorts das Genick.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages Josef Deimer erklärte beim Hauptausschuß des Bayerischen Städtetages in Erlangen in voller Übereinstimmung

mit den Bayerischen Kollegen und Delegierten „Wir pfeifen aus dem letzten Loch – unsere Bürger bezahlen die Zeche“.

Nur durch rechtzeitiges Gegensteuern mit Hilfe einer Haushaltssperre im Sommer diesen Jahres sind wir noch in der Lage, die Lücke im Verwaltungshaushalt 2003 über eine Entnahme aus der Rücklage zu finanzieren. Allerdings muss diese Rücklage erst aus dem Jahresergebnis 2002 erwirtschaftet werden. Wir hoffen, dass dies in dieser Größenordnung gelingt und ich bin sehr dankbar, dass der Stadtrat rechtzeitig die notwendigen Beschlüsse gefasst hat. Dabei kommt uns in Erlangen im Gegensatz zu vielen anderen Städten zugute, dass sich die Gewerbesteuer im zweiten Halbjahr 2002 durch einmalige Nachzahlungen für die längst vergangenen Jahre 1993 bis 1998 positiv entwickelt hat. Mit solchen Nachzahlungen ist in 2003 allerdings nicht zu rechnen. Die schlechte Konjunktur, die hohen Arbeitslosenzahlen und die alle Fachleute wenig überzeugenden Maßnahmen der Bundesregierung lassen auch wenig Hoffnung auf eine Besserung. Eine Umschichtung von Finanzmitteln von Bund oder den Ländern auf die Kommunen ist angesichts der Haushaltsprobleme dieser Ebenen wenig wahrscheinlich.

Ganz besonders dankbar bin ich der Referentin, den Referenten, Amtsleiterinnen und Amtsleitern dass sie nach den dramatischen Ereignissen im Juli konsequent die 10 % Haushaltseinsparungen mitgetragen haben und auch nach dem Beschluß des Stadtrats vom Oktober noch zusätzliche Vorschläge einbrachten, die der Stadtrat teilweise übernommen hat.

Einige wesentliche Eckdaten unseres Haushaltsentwurfes 2003

Der Verwaltungshaushalt mit 199.075.000 Euro verringert sich zum Vorjahr um ca. 16,5 Mio. Euro bzw. 8,11 %.

Der Vermögenshaushalt mit 58.309.000 Euro steigt im Verhältnis zum Vorjahr um 46,97 % und unterstreicht den Willen des Stadtrates gerade im investiven Bereich - der auch unsere Pflichtaufgaben umfaßt – durch antizyklisches Verhalten Impulse für die Erlanger und die regionale Wirtschaft zu geben

Das Gesamthaushaltsvolumen beträgt damit 257.384.000 Euro

und erhöht sich somit von 1.061.000 Euro bzw. 0,41 % gegenüber dem Vorjahr.

Auch in den nächsten Jahren wird sich die Stadt um ihre Pflichtaufgaben kümmern müssen, so dass Kürzungen nicht vermeidbar – sondern eben auch für uns alle spürbar sind.

Bei unseren Steuereinnahmen sind rd. 95.855.000 Euro (2002 / 118.453.000 Ansatz) geschätzt zu erwarten, dies entspricht aber einem allgemeinen Rückgang bei der Einkommensteuer und Gewerbesteuer von rd. 22,6 Mio. Euro brutto / 18,3 Mio. Euro netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. Der Stadtrat hat aber trotz aller finanziellen Schwierigkeiten von Steuererhöhungen abgesehen.

Hervorzuheben ist ferner, dass bei den Personalausgaben das Bemühen eines kontinuierlichen Sparhaushaltes sichtbar wird: hierbei werden ab 2003 die einschlägigen Personalkosten unserer Eigenbetriebe gesondert abgerechnet.

Wir sind stolz darauf, daß wir einen Null-Stellenplan vorlegen können, da die 9,5 neuen Planstellen durch 11 Stelleneinzüge mehr als ausgeglichen werden.

Die Arbeit der Sparkommission, die auch in diesem Jahr wieder alle wesentlichen Planstellenveränderungen und Wiederbesetzungen bearbeitete, ist an dieser Stelle mit besonderem Dank hervorzuheben. Dies wird auch künftig beibehalten, wobei mit Augenmaß und Sachkenntnis die Pflichtaufgabenerfüllung und die Belastbarkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fürsorglich beachtet werden wird.

Unsere Umlagen – Gewerbesteuerumlage und Bezirksumlage – haben sich zwar verringert, (./ 4,4 Mio Euro) dagegen steigt die Solidarumlage (+ 2,5 Mio Euro) an.

Die Zinsen am Kreditmarkt mit 7.328.600 Euro bzw. täglich 20.079 Euro sind nach wie vor sehr hoch. Unsere Nettoneuverschuldung steigt leider entgegen unserer Bemühungen in den zurückliegenden Jahren wiederum um 6.470.000 Euro an.

Wir hoffen, daß es im Jahresverlauf gelingt, diese Nettoverschuldung nicht vollkommen ausschöpfen zu müssen.

Die ordentliche Darlehenstilgung ist mit 6.530.000 Euro eingeplant. Zwei Zahlen zum Haushaltsabgleich: Wir schlagen vor, zur Deckung der ungedeckten Mehrausgaben 2003 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt mit 13.070.000 Euro und eine Rücklagenentnahme von 13.113.600 Euro.

Die Schwerpunkte des ihnen vorliegenden Haushaltsplanes 2003 liegen eindeutig im Kinder- und Jugendbereich, im Schulbereich und auch in der Fortführung des Angebots im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs.

Im Bereich der Investitionen im Vermögenshaushalt liegen die Schwerpunkte im Bereich der Rathaussanierung mit 5.1 Mio Euro und

beim Umbau und der Sanierung der nördlichen Hauptstraße und des Martin-Luther Platzes mit 1,8 Mio. Euro.

bei der Sanierung der Äußeren Brucker Straße mit 1 Mio. Euro

Für Straßenverbesserungsmaßnahmen im Bereich des Altstandortes Siemens UB-Med

- Umbau Henke- /Hartmannstraße 1.050.000 Euro

- Umbau Gebbertstraße 980.000 Euro

- Adenauer Ring 593.000 Euro

beim Umbau der Nägelsbach- und Güterbahnhof mit 1 Mio. Euro

bei den Energiesparmaßnahmen für öffentl. und private Bauten mit 220.000 Euro,

bei den Zuschüssen für Altenpflegeplätze mit 1,2 Mio. Euro

bei der Sanierung des Hortes Loschgeschule mit 80.000 Euro

bei der Sanierung des Röthelheimbades und des Freibades West mit 1,2 Mio Euro

im Bereich des Ausbaus des künftigen Bürgeramtes mit 100.000 Euro,

beim Ausbau des Radwegenetzes mit 50.000 Euro

für die Möblierung des Gemeindezentrums Frauenaarach 39.000 Euro

für Kanalbauarbeiten 70.000 Euro

als Leistung an „Dritte“

- Zuschüsse zum Grunderwerb für junge Familien im Bereich BPI 408 610.000 Euro

- Sanierungszuschuß für den kirchlichen Kindergarten St. Theresia von 300.000 Euro

Gebührenänderungen, - erhöhungen sind für den Bereich der Freibäder vorgesehen.

Der Zuschußbedarf verringert sich damit von 59 % auf rd. 39 %. Auch für das Hallenbad sind Gebührenanhebungen geplant. Hier werden Mehreinnahmen von rd.

33.000 Euro erwartet.

Die dramatischen Gewerbesteuereintrübe haben uns allerdings auch gezwungen einige dringend notwendige Investitionsprojekte leider vorerst zurückzustellen. Dies betrifft beispielsweise die Aussegnungshalle am Friedhof in Steudach, die Erweiterung der Hauptfeuerwache der städtischen Feuerwehr.

Und damit meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen komme ich nochmals auf meine Eingangsfeststellungen zurück. Wenn es nicht gelingt, dass die Bundesregierung endlich und nachhaltig die Finanzen der Kommunen sichert und eine immer weitere Aushöhlung verhindert, wird eine Konsolidierung der städtischen Finanzen kaum möglich sein und das trifft nahezu alle Kommunen unserer Bundesrepublik.

Die Bundesregierung müsste die bereits im November 2001 eingebrachte Bundesratsinitiative des Freistaates Bayern für eine Rückgängigmachung der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage umsetzen und damit die steuerliche Basis unserer Städte und Gemeinden verbessern.

Die Bayerische Staatsregierung hatte zwar bereits beschlossen im nächsten Jahr 30 Mio Euro zusätzlich für den Kommunalen Finanzausgleich fließen zu lassen um Fehler der Bundesregierung abzufedern. Doch die dramatischen Belastungen und Fehlentwicklungen des Bundes können auf Landesebene kaum abgefangen werden.

Sehr erfreut waren wir jedoch über die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung, in Zukunft das Konnexitätsprinzip in der Verfassung zu verankern. Danach dürfen staatliche Aufgaben nur noch dann auf Städte und Gemeinden übertragen werden, wenn deren Finanzierung gesichert ist. Nunmehr liegt es an der Bundesregierung, dieses Prinzip auch im Grundgesetz zu verankern.

Da sind Bundeskanzler und Finanzminister persönlich gefordert.

Wir jedenfalls werden im Rahmen unserer Möglichkeiten an dem Konsolidierungskurs festhalten, wenngleich man angesichts des derzeit extrem niedrigen Zinsniveaus immer sehr genau darauf achten muss, ob der konsequente Sparkurs auf Dauer durchgehalten werden muss oder ob künftig nicht auch wichtige Maßnahmen mit Unterstützung des z.Zt. noch günstigen Kapitalmarktes in der Priorität vorgezogen werden können.

Wir wollen dauerhaft die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sichern, und die Grundlage schaffen, um das lebendige, kulturelle Leben, den vielfältigen

Sport-, Jugend-, Senioren und Sozialbereich zu sichern und nachhaltig gemeinsam mit unseren Partnern, unseren Vereinen und Verbänden weiter zu entwickeln. Die in diesem Jahr bereits auf breiter Basis dokumentierte Zusammenarbeit für das ehrenamtliche Bürgerengagement wollen wir weiter fortsetzen. Auch unser Ziel mit allen kompetenten Partnern auf unserem Weg zur Bundeshauptstadt der Medizin und Gesundheit voranzukommen hat hohe Priorität. Dabei wollen wir bürgerfreundlich, wirtschaftlich und innovativ handeln.

Und meine Damen und Herren, wir kommen voran im nicht immer populären eGovernment. Wir kommen voran, nicht so schnell, wie erhofft. Wegen der Finanzkrise mussten wir um ca. 60 % kürzen. Aber eine moderne Stadt, ein Standort für Wissenschaft und Technologie darf die Entwicklung nicht verschlafen. Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger erwarten online Dienstleistungen aus dem Rathaus und in dieser Entwicklung stecken auch erhebliche Rationalisierungspotentiale, die wir nutzen müssen. Im übrigen liegen wir mit unseren Arbeiten voll auf der Linie der Initiativen der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung.

Das Stadtjubiläum 2002 – 1000 Jahre Erlangen- hat die Vielfalt unseres Erlanger Lebens gezeigt. Die Stadt- und ihre Bürgerschaft mit der Wirtschaft haben eng zusammengewirkt, so dass dieses Jahr besonders erfolgreich und ein Höhepunkt in unserer Stadtgeschichte werden konnte. Wir wollen stolz auf unser Erlangen sein und wir freuen uns am Ende des Jubiläumjahres, dass die Identifikation unserer Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt gewachsen und das „Wir-Gefühl“ gestärkt wurde. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung zur Entwicklung unserer künftigen Probleme. Allen Spendern und Sponsoren danke ich auch heute für ihr finanzielles Engagement im Jubiläumjahr und bitte Sie uns auch künftig bei der Bewältigung unserer vielfältigen Aufgaben zu unterstützen.

Dank:

*Ich schließe mit herzlichem Dank an alle, die den Haushalt 2003 vorbereitet, entwickelt und beraten haben und ihn mittragen und auch mitverantworten.

*Ich danke den Stadtratsfraktionen und den Mitgliedern des Stadtrates.

*Ich danke meinem Bürgermeisterkollegen Gerd Lohwasser und den berufsmäßigen Stadtratsmitgliedern, dem Finanzreferenten Herrn Gerhard Wagemann, den wir ab nächstes Jahr schmerzlich vermissen werden. Darüber hinaus auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei.

*Einen besonderen Dank an die Amtsleiterinnen und Amtsleiter, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Vertreter des Personalrates, die im Rahmen der Budgetierung eine wesentlich erhöhte Verantwortung tragen und einen wichtigen Beitrag für unsere Stadt leisten.

*Ich danke vor allem auch den Medien, Herrn Greiner und Frau Rokos von den Erlanger Nachrichten, dem Fränkischen Tag und dem Team von Franken-Funk-Fernsehen, die gerade auch in den zurückliegenden Wochen in der regelmäßigen Berichterstattung die Haushaltsberatungen mit begleitet haben.

*Herzlichen Dank an alle für das kooperative und vertrauensvolle Zusammenwirken, das, wie ich meine, für das Beste unserer Stadt unverzichtbar ist.

Ich bitte nunmehr die Fraktionsvorsitzenden und anschließend Frau Kollegin Ullmann, Herrn Stadtrat Batz und Frau Kollegin Helm zum Haushalt 2003 Stellung zu nehmen.

Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister